

Ich weise darauf hin, dass Ihnen insgesamt 131 Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksachen 14/10220 bis 14/10350, ausgenommen die Drucksache 14/10271, zusammengefasst in einer Tischvorlage mit vorangestellter Übersicht vorliegen.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Beratung über den jeweiligen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt. Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz stimmen wir morgen bei der Gesamtabstimmung ab. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2010 in der zweiten Lesung erfolgt ebenfalls morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz. Zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr finden an beiden Tagen keine Abstimmungen statt.

Die Haushaltsplanberatungen werden heute nach Beratung des Einzelplans 01 unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst auf:

### **Gemeindefinanzierungsgesetz**

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10217 hin, eröffne die Beratung und gebe Herrn Jäger von der Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön.

**Ralf Jäger** (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir dürfen die Beratungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz wieder einmal beginnen, ohne dass der zuständige Minister dabei anwesend wäre. Das macht aber nichts. Was es zu sagen gibt, wird gesagt werden.

Wir sind zurzeit in der Situation, dass landauf, landab in den allermeisten der 396 Kommunen Nordrhein-Westfalens die Haushalte zusammenbrechen, dass große Lücken zwischen Einnahmen und Ausgaben herrschen, dass Bäder, Theater und Bibliotheken geschlossen werden, dass der öffentliche Personennahverkehr ausgedünnt wird und dass unsere Städte sichtbar ausbluten. Die Bürgerinnen und Bürger erkennen dies inzwischen auch. Bei einer ganzen Reihe von Kommunen ist eine derartige Überschuldung eingetreten, dass sämtliches öffentliche Eigentum – jedes Rathaus, jede Schule und jeder Kindergarten – inzwischen nicht mehr den Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Städte gehört, sondern den Banken, die den Städten die entsprechenden Kredite einräumen müssen.

Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Ursachen. Die eine Ursache ist, dass die Aufgaben, die nord-

rhein-westfälische Kommunen wahrzunehmen haben, die Aufgabendichte und die Aufgabenintensität alles das, was an Einnahmen zur Verfügung steht, mehr oder weniger aufzehren. Das sind Dinge wie beispielsweise die Grundsicherung für die Rentnerinnen und Rentner, die mit eigenen Rentenversicherungen oder Renten ihr Auskommen nicht haben. Es sind die explodierenden Kosten im Rahmen der Hilfe zur Erziehung. Das sind sämtliche Ausgaben für die Behindertenhilfe, und das sind vor allem die Ausgaben für Langzeitarbeitslose, deren Unterbringung und Heizkosten. – Das ist der eine Grund.

Der andere Grund sind die Beschlüsse dieser Landesregierung, die in den letzten vier Jahren einen unglaublichen Raubzug durch die kommunalen Kassen gemacht hat, was letztendlich dazu geführt hat, dass in den kommunalen Haushalten ganz erhebliche Lücken zwischen Einnahmen und Ausgaben existieren.

Ich will das im Einzelnen erläutern. Wir werden vom Innenminister gleich wahrscheinlich hören, dass die Kommunen die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen bekommen. Das wird natürlich wie immer nur die halbe Wahrheit sein, weil nämlich neben den Schlüsselzuweisungen an die Kommunen bei anderen Zuweisungen ganz erheblich gekürzt worden ist.

Da ist die Kürzung des Steueranteils. Eigentlich sind 23 % über viele Jahre sakrosankt abgesenkt worden. Da ist die Abschaffung des Anteils der Grunderwerbsteuer für die Kommunen. Da ist die erhöhte Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung für Kommunen. Das alleine, meine Damen und Herren, macht seit 2005 in der Summe eine Kürzung des Landes gegenüber den nordrhein-westfälischen Kommunen von 2,2 Milliarden € aus.

Das Zweite, wo man inzwischen wirklich von einer Abzocke des Landes gegenüber den Kommunen sprechen muss, ist die Frage der Beteiligung am Solidarpakt Ost. Tatsache ist: Wenn wir uns den Unterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen, aber vor allem auch nordrhein-westfälischen Kommunen ansehen, können wir einerseits feststellen, dass es im Osten zum Teil Städte gibt, die schon äußerlich den Eindruck machen, dass man Gutes mit dem Solidarpakt bewirken kann. Andererseits erkennen die Bürgerinnen und Bürger gerade in Nordrhein-Westfalen nicht nur an Schlaglöchern und undichten Schuldächern, dass hier Geld fehlt.

Es ist schon schlimm genug, dass dieses Geld nicht mehr nach dem Bedarf, sondern ausschließlich nach Himmelsrichtungen verteilt wird. Aber bei der Frage, wie sich der Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen beim Aufbau Ost zusammensetzt, zockt diese Landesregierung die nordrhein-westfälischen Kommunen seit 2007 permanent ab.

Es ist verfassungsgerichtlich festgestellt, dass das Land den Kommunen verfassungswidrig zu hohe Beiträge abverlangt. Alleine hier ergibt sich ein Fehlbetrag von 900 Millionen €. Und schlimmer noch: Das Abrechnungsgesetz, das diese Landesregierung vorgelegt hat, zementiert diese Abzocke bis zum Jahre 2019. Hier saniert sich das Land im Solidarpakt Ost auf Kosten der nordrhein-westfälischen Kommunen.

Das Fazit ist, meine Damen und Herren: Die Finanzsituation in den Kommunen war noch nie so schlimm, wie sie aktuell ist. Die Kommunen können mit Fug und Recht sagen, in diese Situation nicht durch eigenes Verschulden hineingeraten zu sein. Und vor allem werden es die allermeisten nicht schaffen, dieser Schuldenfalle aus eigener Kraft zu entkommen.

Wir müssen daran erinnern – schließlich wird es vonseiten des Innenministers und gelegentlich auch von Mitgliedern der tragenden Fraktionen für diese Landesregierung ausgeführt –, dass man mit Blick in die Verfassung feststellt, dass der Staatsaufbau klar geregelt ist. Die Kommunen sind – Herr Lux, Sie werden vielleicht versuchen, uns das zu erklären – eben nicht eine eigenständige staatliche Ebene, die ihr Auskommen selbst zu organisieren hat. Ein Blick in die Landesverfassung Nordrhein-Westfalens zeigt: Die Gemeinden sind Bestandteil des Landes. Es gibt eine Fürsorgepflicht des Landes gegenüber seinen Kommunen, und Sie wissen selbst: Eine Insolvenz von Kommunen bedeutet nur, dass das Land für deren Schulden eintreten muss.

3,1 Milliarden € hat diese Landesregierung seit 2005 bei den Kommunen gekürzt, 2,2 Milliarden € bei vielen Zuweisungen, 900 Millionen € im Aufbau Ost. Man kann feststellen, dass alle Schließungen, die zurzeit in den Kommunen diskutiert werden – sei es bei den Bibliotheken, sei es ein ausgedünntes Angebot in den Volkshochschulen, sei es, dass gesetzliche Vorgaben zur Kinderbetreuung nicht umgesetzt werden können –, letztendlich die Entscheidungen Ihrer Fraktion, Herr Lux, und Ihrer Landesregierung sind. Das sind Ihre Schließungen, die Sie zu verantworten haben.

Tatsache ist auch, dass Sie gar nicht den Willen haben – vermutlich auch nicht die politische Kraft –, dem etwas entgegenzusetzen. Mehr noch: Sie wollen, aus dem Land Nordrhein-Westfalen befeuert, mit der Abschaffung der Gewerbesteuer eine weitere Axt an die kommunalen Finanzen legen.

Was bedeutet die Abschaffung der Gewerbesteuer? – Das bedeutet, dass 41 Milliarden € – so hoch war im letzten Jahr das Steueraufkommen in den Kommunen der Bundesrepublik Deutschland – nicht mehr von Unternehmen aufzubringen sein werden, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land. Das bedeutet pro steuerzahlendem Bürger in der Bundesrepublik Deutschland eine zusätzliche Belastung in der Größenordnung

von durchschnittlich 1.200 €. Das ist Ihr Konzept der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben unseren „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ dagegengestellt. Dieser wird nicht alle Probleme in den Kommunen beseitigen, aber er wird denen helfen, die jetzt schon nicht mehr wissen, wie sie Kredite aufnehmen sollen, um Pflichtaufgaben, die das Land den Kommunen zugewiesen hat, zu erfüllen. Mit diesem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ wollen wir 7 Milliarden € der Altschulden vorübergehend in die NRW.BANK übertragen und damit denen, die es unter den nordrhein-westfälischen Kommunen am nötigsten haben, so unter die Arme greifen, dass sie in dieser Zeit des Memorandums in der Lage sind, eigene Konsolidierungsanstrengungen an den Tag zu legen, um aus dieser Schuldenfalle herauskommen.

Dieses vorgelegte GFG ist gegenüber den nordrhein-westfälischen ein Armutszeugnis und zeigt – mehr noch – mangelndes Verständnis für die aktuelle Lage. Fazit ist, meine Damen und Herren, dass das, was zurzeit an Kürzungen und Streichungen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens stattfindet, ausschließlich auf das politische Konto der Mehrheit in diesem Parlament und letztendlich der Landesregierung geht. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Jäger. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Lux.

**Rainer Lux (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger, ich nehme gern einen Teil Ihrer Ausführungen auf, insbesondere den letzten Satz mit dem Armutszeugnis. Ich glaube, den bezieht man besser auf Ihren Redebeitrag. Denn da war weder etwas Neues noch irgendetwas, was zur Lösung der Probleme beitragen würde. Es ist immer wieder dieses alte Lamentieren, was Sie an den Tag legen. Das bringt Sie nicht weiter. Das müssten Sie eigentlich aus den aktuellen Umfragezahlen bezüglich Ihrer Partei auch feststellen.

Das Zweite: Sie tun so, als wäre es eine ganz neue Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, wenn Bäder und Bibliotheken geschlossen werden. Ich mache jetzt über 20 Jahre Kommunalpolitik. Wir haben im Zuge der Finanzsituation der Kommunen schon seit vielen Jahren Überlegungen angestellt und auch in vielen Städten lange, bevor dieses GFG oder das vorangegangene GFG verabschiedet worden sind, Bäder geschlossen, weil die Finanzsituation in den Kommunen so ist. Das ist keine Entwicklung des letzten Jahres.

Ich gebe zu, es gibt eine Entwicklung im letzten und im vorletzten Jahr. Aber das ist die Finanzkrise, die

uns weltweit betrifft; die hat mit dem GFG relativ wenig zu tun.

Meine Damen und Herren, das GFG 2010 knüpft in seiner Kontinuität an die vergangenen Gemeindefinanzierungsgesetze an. Das Land erweist sich einmal mehr völlig entgegen zu dem, was Herr Jäger hier behauptet, als seriöser und verlässlicher Partner der Kommunen. Die Modalitäten, wie das GFG 2010 aufgestellt worden ist, entsprechen im Wesentlichen denen der vergangenen Jahre.

Die verteilbare Finanzausgleichsmasse sinkt gegenüber dem Entwurf um 124,3 Millionen € auf 7,598 Milliarden €. Damit erhalten die Kommunen rund 375 Millionen € weniger als mit dem GFG 2009. Das entspricht einer Kürzung von 4,7 %. Das GFG erreicht aber immer noch – trotz der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzkrise – den zweithöchsten Stand überhaupt. Nur 2009 erhielten die Kommunen etwas mehr.

Herr Jäger, es muss deutlich unterstrichen werden – das müssen Sie sich noch einmal vor Augen führen –: Seit 2007 konnten den Kommunen Jahr für Jahr kontinuierlich verlässlich hohe Mittel aus dem Steuerverbund zur Verfügung gestellt werden. Zusammen mit den Zahlungen – das müssen Sie sich jetzt merken – außerhalb des GFG nach Maßgabe des Haushaltsplans sind mehr als ein Viertel aller Ausgaben des Landes für seine Kommunen bestimmt.

Nur einmal zum Vergleich: 2010 werden das 14,23 Milliarden € sein, 2005 – der letzte Haushaltsplan, den Sie verabschiedet haben – waren es 12,25 Milliarden €. Das heißt, seitdem sind die Gesamtzuweisungen des Landes mit GFG und anderen Zuweisungen um 16 % gestiegen. Das relativiert vieles von dem, was Sie hier versucht haben zu unterstellen.

Gleichwohl – und dabei beißt die Maus keinen Faden ab – ist die Finanzsituation der Kommunen außerordentlich schwierig. Auch das ist keine neue Entwicklung. Wenn Sie das jetzt so darstellen, als würde das Land seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, als müsste das Land für alle Fehlbeträge bei den Kommunen aufkommen, so muss ich Sie darauf hinweisen, dass nach der Verfassung, die Sie ja zitiert haben, das Land den Kommunen im Rahmen seiner Möglichkeiten die Finanzmittel zur Verfügung stellt und es nicht automatisch etwas vom Land gibt, wenn die Kommunen etwas brauchen. Da gibt es sehr wohl die Einschränkung im Gesetz, in der Verfassung, dass das im Rahmen der Möglichkeiten passiert. Das sollten Sie nicht verschweigen und nicht so tun, als könnte das Land jederzeit für alle Fehlbeträge, die bei den Kommunen entstehen, aufkommen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dass hier so große Fehlbeträge entstehen, hat mit dem GFG relativ wenig zu tun. Wenn Sie sich ein-

mal ansehen, wo die Hauptfinanzierungsquelle der Kommunen ist, dann ist das die Gewerbesteuer.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Die Gewerbesteuer ist in diesem bzw. im vergangenen Jahr erheblich eingebrochen. Wir rechnen im Jahr 2009 je nach Rechnungsart mit einem Rückgang zwischen 18 und 23 %. Das kann kein GFG ausgleichen, weil dieser Steuerverbund überhaupt nicht in dem Maße dotiert ist, um die Ausfälle bei der Gewerbesteuer kompensieren zu können.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Des Weiteren tun Sie so, als gäbe es jetzt eine Finanzkrise, eine Einnahmekrise, womöglich auch eine Ausgabekrise bei den Kommunen, und vergessen dabei völlig zu erwähnen, dass sowohl Bund als auch Land unter genau derselben Entwicklung zu leiden haben. Ich darf Ihnen nur sagen: Im letzten Jahr hatte der Bund die höchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Deshalb wollen Sie jetzt auch Steuern verschenken!)

und die Länder hatten auch eine erheblich schlechtere Einnahme als prognostiziert. Deswegen können Sie jetzt nicht so tun, dass auf der einen Seite objektiv vorhandene Lücken bei den Kommunen durch zusätzliche Ausgaben beim Land ausgeglichen werden könnten. Sie wissen selbst, dass das faktisch unmöglich ist, dass das nicht geleistet werden kann.

Auch Ihr Vorschlag, den Sie gemacht und heute wiederholt haben, bedeutet in der Konsequenz doch nichts anderes, als dass Sie beim Land weitere Ausgaben zugunsten der Kommunen entstehen lassen, die dann zulasten der Verschuldung des Landes gehen. Das ist rechte Tasche, linke Tasche. Der Bürger ist insgesamt gegenüber der öffentlichen Hand verschuldet. Dem ist es völlig egal, ob die Schulden bei der Stadt, beim Land oder beim Bund entstehen.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Er hat die Schulden, und Sie tun so, als läge hier irgendwo noch ein großer Haufen Geld, den Sie einsetzen könnten.

Ich mache noch einmal deutlich: Das GFG erweist sich 2010 einmal mehr als ein solides Instrument für die Kommunen. Es macht die Verlässlichkeit deutlich, mit dem das Land hier herangeht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das sagen aber Ihre Kommunalpolitiker anders!)

Ich sage insbesondere: Es lässt den Kommunen ihre Freiheiten; es überlässt ihnen – entgegen Ihrer Praxis – einen Spielraum von 84 % bei den Schlüsselzuweisungen, über die sie frei verfügen können.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hören Sie mal auf Ihren Oberbürgermeister!)

Die Zeiten des „goldenen Zügels“ sind vorbei, die Zeiten der Kreditierung sind vorbei. Von daher gesehen ist das, was Sie hier anführen, ein Armutszeugnis,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie beschimpfen gerade Ihren Oberbürgermeister!)

vor allen Dingen, dass Sie sagen, die Situation der Kommunen sei ausschließlich auf Fehlentscheidungen des Landes zurückzuführen. Sie sollten sich einmal die Beträge vor Augen führen und auch dem Bürger die Beträge nennen, die dadurch entstehen, dass die Gewerbesteuer zurückgegangen ist.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Dann werden Sie feststellen, dass das GFG und die anderen Belastungen dagegen kaum ins Gewicht fallen, dass im Übrigen die anderen Zuweisungen, die das Land den Kommunen hat zukommen lassen, eine erhebliche Steigerung gegenüber der Zeit bedeuten, als Sie hier das Sagen hatten.

(Ralf Jäger [SPD]: Welche?)

Herr Jäger, aus der Verantwortung können Sie sich nicht stehlen. Wenn man das alles zusammenzählt, geht es den Kommunen, was das Verhältnis zum Land angeht, entschieden besser

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Lächerlich!)

als zu der Zeit, als Sie hier das Sagen hatten. Deswegen werden wir dem GFG auch zustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Lux. – Für die FDP spricht nun Herr Kollege Engel.

**Horst Engel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit unserem Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 kommen wir unserer Verpflichtung und dem Wunsch nach, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände in unserem Land zu sorgen.

Das GFG ist aber nur ein Baustein der heutigen Gemeindefinanzierung. Ein weiterer, wesentlicher Baustein ist die von uns seit Jahren kritisierte und leider vielfach immer wieder schönegeredete Gewerbesteuer. Ich habe das bereits in der vergangenen Plenarsitzung angemerkt, kann es aber gar nicht oft genug wiederholen: Die Gewerbesteuer ist die unbeständigste und damit gefährlichste Einnahmequelle in unserem gesamten Steuersystem. Sie ist hauptverantwortlich für den augenblicklichen Kollaps der kommunalen Finanzen.

Denn die übermäßige Abhängigkeit der Kommunen von dieser Steuer impliziert ein hoffnungsloses

Ausgeliefertsein an wirtschaftliche Schwankungen. Während gute Konjunkturlagen oftmals mit einem Geldsegen für die Gemeindekassen einhergehen, wirken Krisenzeiten meist als katastrophale Einschläge, denen auch die aufrichtigste Konsolidierungspolitik nicht gewachsen ist. Hinzu kommt, dass in einer zunehmend globalisierten und vernetzten Welt mit international operierenden Unternehmen der kommunale Einfluss auf die Gewerbesteuerzahlung auch ohne Krise begrenzt ist.

Die wichtigste Einnahmequelle der Städte und Gemeinden ist somit ein Spielball exogener Einflussfaktoren. Die Leistungsfähigkeit der kommunalen Daseinsfürsorge von einer derart unsoliden Einnahmequelle abhängig zu machen, ist geradezu unverantwortlich. Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen setzt sich daher schon lange für den Ersatz – und nicht für den Wegfall, Herr Jäger – der heutigen Gewerbesteuer

(Bodo Wißen [SPD]: Gegen was?)

durch eine sogenannte Kommunalsteuer ein, die dem kommunalen Wettbewerb ausgesetzt ist.

(Bodo Wißen [SPD]: Und das heißt?)

Das System ist denkbar einfach und wurde auch im Plenum schon mehrfach vorgestellt. Für die Opposition wiederhole ich es aber gerne noch einmal:

(Horst Becker [GRÜNE]: Au ja!)

Die Gewerbesteuer wird durch eine Kommunalsteuer ersetzt, die als Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben wird und deren Höhe die Gemeinden im Hebesatzverfahren selbst festlegen können. Die bisherige fixe Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer wird abgeschafft. Zur Kompensation erhalten die Gemeinden 12 % der Umsatzsteuer statt wie bisher 2,2 %. Sie wird nach der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in den Kommunen verteilt. Da die Unternehmen keine Gewerbesteuer mehr zahlen, kann die Körperschaftsteuer auf 32 % angehoben werden.

Durch ein solches Vorgehen würden sich die kommunalen Einnahmen erheblich verstetigen und unsere Städte und Gemeinden dauerhaft handlungsfähig machen. Die Autonomie der Kommunen bliebe auch durch das Hebesatzrecht unangetastet.

Leider werden Kommunen mit hohem Gewerbesteuerbesatz in konjunkturell guten Zeiten durch temporär hohe Einnahmen dazu verleitet, derartige Reformvorschläge abzulehnen. Doch gerade jetzt in der Krise sollte die notwendige Sensibilität entstanden sein, die Einführung einer Kommunalsteuer als gute und zukunftsweisende Alternative für das bestehende System zu überdenken.

Auf Bundesebene wird die geplante Kommission zur Überprüfung der Gemeindefinanzierung hierzu

ein Forum bieten. Auf Landesebene kann dies im Rahmen der ifo-Kommission erfolgen.

Die FDP sieht in der von ihr vorgeschlagenen Stabilisierung der Kommunalsteuern in Verbindung mit dem eingeschlagenen Weg einer soliden, transparenten und berechenbaren Gemeindefinanzierung durch das GFG die Grundlage für die nachhaltige Absicherung der kommunalen Autonomie und Handlungsfähigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt allerdings noch einen weiteren Faktor, der hineinspielt und für unsere Kommunen von elementarer Bedeutung ist: die eigene Haushaltsdisziplin. Schlüsselwort: Die Mittel werden bereitgestellt. – Jeder, der kommunal tätig ist, kennt diesen Satz.

Denn gerade die finanziellen Probleme der Städte und Gemeinden, die in den vergangenen Tagen am lautesten geschrien haben, sie würden unter den wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen kollabieren und gleichzeitig von Bundes- und Landesregierung „ausgepresst wie eine Zitrone“, wie Norbert Bude aus Mönchengladbach sagte, sind zumindest zu einem guten Teil selbst verschuldet. Man darf sich nichts vormachen: Viele Kommunen haben in den vergangenen Jahren weit über ihre Verhältnisse gelebt, ihre freiwilligen Angebote erheblich ausgeweitet, ein unverantwortliches Schuldenmanagement über Swap-Derivate und Ähnliches betrieben, risikoreiche Geschäfte wie Cross-Border-Leasing getätigt und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auf Bereiche weit jenseits öffentlicher Zweckdienlichkeit ausgeweitet.

Ich erinnere nur an die Stadt Hagen. Das können Sie heute in der Presse nachlesen unter der Überschrift „Verlustreiche Zinswetten: Hagen und Deutsche Bank vor der Einigung“. Am Ende geht es darum, dass von den knapp 40 Millionen €, die Hagen verloren hat, 5 Millionen € über einen Ausgleich von der Deutschen Bank zurückkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind sie nicht nur partiell in wettbewerbsverzerrende Konkurrenz mit Anbietern, Gütern und Dienstleistungen aus der Privatwirtschaft getreten, sondern gingen mit Hilfe von Steuergeldern auch finanzielle Risiken ein, die sie vielfach an den Rand des finanziellen Ruins getrieben haben. Besonders hoch verschuldete Städte wie Dortmund, Hagen oder Oberhausen sind prominente Beispiele für derartige Fehlritte.

Im Übrigen sind auch die derzeit hohen Kassenkredite von rund 15,98 Milliarden € zum Teil auf die Jonglagekünste findiger Kämmerer zurückzuführen. Denn wie jeder kommunalpolitisch Aktive weiß, werden Kassenkredite vielfach bewusst langfristigen Verbindlichkeiten vorgezogen, weil sie dem kommunalen Schuldenmanagement in Zeiten sensationell günstiger Zinsen am Dispomarkt attraktiver erscheinen.

An dieser Stelle frage ich Sie: Wissen Sie, wie hoch die Zinsen der täglichen Kassenkredite sind? Sie liegen um 1 %, meistens darunter. All diejenigen, die Vorschläge machen wie die Überführung der Kassenkredite in normale Schulden, muss ich sagen: Das bedeutet ein Ansteigen von 1 % auf 3 oder 4 %. Dass das Schwachsinn ist, ergibt sich schon aus den Zahlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Gegensatz zu den Behauptungen der Opposition sind die Stände der Kassenkredite ein Indikator für die finanzielle Hilflosigkeit von Kommunen und als Aussage daher völlig wertlos.

Hinzu kommt – das ist das Ärgerliche –, dass gerade Kommunen mit Nothaushalten oftmals keinerlei Anstalten machen, ihre desaströse Finanzlage von sich aus durch eine planmäßige Konsolidierungsstrategie zu verbessern. Immer wird die angebliche Vergeblichkeitsfalle als Ausrede dafür herangezogen, keinerlei Veränderungen vorzunehmen und bestehende Einsparpotenziale nicht zu heben.

Dies zeigt nicht zuletzt ein kürzlich abgeschlossenes Beratungsprojekt der Bezirksregierung Köln für Kommunen in besonderen finanziellen Problemlagen. Hier musste die Kommunalaufsicht in vielen Räten und Verwaltungen finanziell angeschlagener Orte einen generellen Unwillen zur Haushaltskonsolidierung feststellen. Nach Aussagen der Bezirksregierung fehlte in den betroffenen Kommunen jedwede Grundlage, um mit einer Verbesserung der Haushaltssituation überhaupt anzufangen; denn vielfach existierten dort trotz sachlicher und rechtlicher Notwendigkeit nicht einmal Haushaltssicherungskonzepte, ganz zu schweigen von systematischen Monitoringmaßnahmen wie einer fortlaufenden Personal- und Aufgabenkritik.

Bei den Einsparpotenzialen stellte die Bezirksregierung eine Fülle von ungenutzten Möglichkeiten fest, von der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit bis zur Einbindung ehrenamtlicher Bürger für freiwillige Aufgaben. Hier werden also Ressourcen verschwendet und notwendige Reformen nicht angegangen, und dies nicht nur bei den freiwilligen Aufgaben; denn Einsparpotenziale bestehen insbesondere in der Art und Weise der Erbringung von Pflichtaufgaben.

Im Gegensatz zu diesen Negativbeispielen gibt es in Nordrhein-Westfalen mehrere gänzlich schuldenfreie Städte und Gemeinden, die mithilfe einer jahrelangen Entschuldungsstrategie erreicht haben, was von anderen kategorisch als unmöglich bezeichnet wird. Zuletzt hat sich vor wenigen Wochen die Stadt Breckerfeld im Ennepe-Ruhr-Kreis, eine Stadt im südlichen Ruhrgebiet – zugegeben: eine kleine Stadt –, selbst aus dieser Schuldensituation befreien können. Zwölf Jahre hat es gedauert, um 12 Millionen € Schulden abzubauen, und das mitten in der Krise.

Nun bin ich kein Fantast und weiß, dass viele hochverschuldete Städte, insbesondere im Ruhrgebiet, Jahrzehnte brauchen werden, um aus ihrer augenblicklichen Misere herauszukommen. Aber gar nicht erst anzufangen und sich auf die Ausrede der Vergeblichkeitsfalle zurückzuziehen, ist der falsche Weg. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Engel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Becker.

**Horst Becker (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal lege ich großen Wert darauf, Herr Engel, am Anfang meiner Rede darauf hinzuweisen, dass die Vergeblichkeitsfalle, von der Sie gerade als Ausrede gesprochen haben, keine Ausrede ist, sondern real existiert. Wenn Kommunen beim Streichen aller freiwilligen Leistungen noch nicht einmal in eine Lage versetzt werden, den Anstieg der Kassenkredite oder der Kredite insgesamt zu bremsen, sondern die Kredite trotzdem weiter steigen, handelt es sich offensichtlich um eine Vergeblichkeitsfalle, weil diese Kommunen ja ganz offensichtlich durch eigene Sparanstrengungen nicht in die Lage versetzt würden, tatsächlich über Jahrzehnte Schulden abzubauen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass diese Landesregierung dadurch, dass Sie dieses Thema jedes Mal desavouiert, letztlich auch im bundesweiten Geschehen und gegenüber den eigenen Kommunen eine verheerende Rolle einnimmt. Wenn man sich an die Anhörung zu diesem Thema erinnert, kann man nachvollziehen, dass insbesondere die Kommunen, die in dieser Vergeblichkeitsfalle stecken – in der Regel sind das Kommunen im Ruhrgebiet und im bergischen Städtedreieck –, zwei Merkmale haben.

Zum einen haben sie das Merkmal, dass sie neben einem erheblichen demografischen Verlust auch einen erheblichen Wanderungsverlust der Bevölkerung verkraften müssen. Als zweites Merkmal haben sie pro Kopf bei gleichen Hebesätzen erheblich geringere Steuereinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, als beispielsweise, um das andere Extrem zu nennen, Städte wie Düsseldorf. Das geht massiv auseinander. Insofern sind Einnahmesteigerungen nicht so einfach.

Das gilt auch für Einsparungen. Dazu habe ich am Anfang skizziert, weshalb das nicht so einfach oder überhaupt nicht möglich ist. Das bedeutet: Die Vergeblichkeitsfalle ist real existent; die beseitigt man auch nicht mit einem solchen Geschwätz vom Mentalitätswechsel. Das hat überhaupt nichts damit zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen zweiten Punkt nennen, der mir an den Reden insbesondere von Herrn Lux und Herrn Löttgen immer wieder auffällt. Das, was Sie jedes Mal rühmen, ist überhaupt nicht zu rühmen. Wenn Sie darauf hinweisen, dieses GFG sei von den absoluten Zahlen her das zweithöchste in der Geschichte des Landes, dann muss man selbstverständlich diese Zahlen auch in Relation zu den Landeseinnahmen sehen. Das GFG ist in den letzten fünf Jahren um 16 % gestiegen, die Landeseinnahmen aber um 30 %. Es besteht also eine eklatante Divergenz zwischen dem Anstieg der Steuereinnahmen des Landes und der Summe, die Sie den Kommunen gegeben haben.

Das kann man auch ganz einfach nachvollziehen. Sie haben beide in Ihren beiden Reden verschwiegen – das kann ich aus Ihrer Sicht auch verstehen –, was Sie den Kommunen alles entzogen haben. Ich möchte das an ein paar Beispielen durchexerzieren: Im Zusammenhang mit den Einheitslasten, über die wir hier oft diskutiert haben, haben Sie zum Ersten das GFG faktisch um diese 1,17 % gesenkt. Zum Zweiten haben Sie unter anderem die Grunderwerbsteuer gesenkt; hier macht der Anteil, den Sie den Kommunen weggenommen haben, 180 Millionen € aus. Sie haben unter anderem die Zuschüsse zu den Krankenhausinvestitionen verändert; das macht pro Jahr 100 Millionen € aus. Sie haben unter anderem die Schülerbeförderungskosten gekürzt; das macht pro Jahr rund 30 Millionen € aus. Sie haben unter anderem die Weiterbildungsmittel gekürzt. Ich könnte die Liste jetzt lange fortsetzen; Sie kennen sie selber auch, wenn Sie ehrlich sind.

Ich will noch ein paar andere Dinge nennen: Sie haben, anders als andere Bundesländer, unter anderem die Mittel aus dem Kinderförderungsgesetz nicht ordnungsgemäß durchgeleitet. Sie haben unter anderem beim KiBiz Lasten auf die Kommunen verschoben, und Sie haben durch Ihre Veränderungen bei der Umweltverwaltung und der Versorgungsverwaltung dafür gesorgt, dass die Kommunen in letzter Konsequenz ebenfalls zusätzlich belastet worden sind. Auch deswegen sind ja Klagen anhängig.

Nehmen wir das alles zusammen, dann kommen wir, wie es Herr Jäger eben dargelegt hat, zu dem Ergebnis, dass den Kommunen am Ende über 2 Milliarden € strukturell entzogen worden sind.

Ich gebe Ihnen einen weiteren Hinweis, wenn Sie sich in diesem Jahr für das GFG 2010 loben. Sie haben hier eingeführt, dass das GFG nachlaufend ist, sich also auf die Steuereinnahmen des Landes jeweils der drei ersten Quartale des Vorjahres und des letzten Quartals des Vorvorjahres als Referenzperiode bezieht. Dies wird in diesem Jahr dazu führen, dass Sie für das Jahr 2010 ein GFG beschließen, dass noch über dem liegen wird, was Sie nach dieser Systematik dann für das Jahr 2011 haben

werden, weil im letzten Quartal des Jahres 2009 die Steuereinnahmen natürlich bedeutend schlechter waren und auch im nächsten Jahr nicht bedeutend anziehen werden. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Daher wird das Jahr 2011 für die Kommunen eher noch schlechter als das Jahr 2010 werden, und das Jahr 2010 ist schon schlecht.

Wenn man das alles zusammennimmt, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass eigentlich etwas getan werden muss. Da war Ihr Hinweis auf die Schulden sehr interessant, die immer die gesamtstaatlichen Schulden sind; das ist richtig. Aber es ist ein umgekehrter Schluss daraus zu ziehen: Wenn Sie sagen, dass die Schulden der Kommunen letztlich auch Schulden des gesamten Staates sind, dann müssten Sie sich eigentlich endlich einmal bewegen und sich an die Altschuldenproblematik machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann müssten Sie an die Altschuldenhilfe herangehen. Wenn Sie dies nicht tun und es weiter zulassen, dass Kommunen in Kürze in der bilanziellen Überschuldung landen, dann sind dies Schulden, die das Land in letzter Konsequenz mitzutragen hat. Aber bilanzielle Überschuldung heißt in diesem Fall, dass es über Kassenkredite gelaufen ist. Sobald diese Kassenkredite wieder anziehen, werden wir ein erhebliches zusätzliches Problem haben. Im Moment liegen die Zinsen für die Kassenkredite bei ungefähr 1 %. Aber dass sie blitzschnell auf 2 %, 3 % oder mehr steigen können, wissen wir alle aus der Zeit vor der Finanzkrise. Übrigens wirkt sich die Finanzkrise, die Sie zu Recht als Nachteil beschrieben haben, bei den Zinsen im Moment positiv aus.

Wenn Sie sich der Finanzkrise als eines negativen Arguments bedienen, für das Sie nichts können, dann hätten Sie eigentlich in den letzten drei Jahren auch bei den Steuer Mehreinnahmen des Landes bescheidener auftreten müssen. Da haben wir Ihnen mehrfach gesagt, dass dies vor allen Dingen etwas mit den Veränderungen am Arbeitsmarkt zu tun habe, für die im Wesentlichen Rot-Grün verantwortlich war und für die Sie überhaupt nicht verantwortlich waren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da haben Sie immer abgewinkt und gesagt, das seien alles Ihre Erfolge. Nur, wenn das alles Ihre Erfolge waren, dann müssten Sie sich jetzt die Mindereinnahmen des Landes als Ihre Misserfolge genauso anrechnen lassen.

Mit diesen jeweiligen Vorrechnereien kommen wir aber nicht weiter. Fakt ist: Den Kommunen geht es so schlecht wie noch nie, und dies nach vier Jahren, in denen diese Landesregierung mit Abstand die höchsten Steuereinnahmen des Landes in der Geschichte hatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieses Faktum kann man an der Zahl der Kassenkredite ablesen. Ich sage es Ihnen immer wieder gerne, und weil Sie es nicht hören wollen, besonders gerne:

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Die Kassenkredite sind seit Mitte 2005 von 10,2 Milliarden € auf inzwischen knapp 17 Milliarden € anstiegen, und dies ist in einer Zeit der Rekordsteuereinnahmen passiert.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn Sie sich immer darauf beziehen, dass sie auch in den fünf Jahren vorher um 8 Milliarden € angestiegen waren – übrigens in fünf Jahren 8 Milliarden € –, dann fand dies in Zeiten extrem schlechter Steuereinnahmen von Bund und Ländern statt. Sie haben es in Zeiten extrem guter Steuereinnahmen auf 7 Milliarden € in dreieinhalb Jahren gebracht. Wenn Sie dies einmal hochrechnen – zurzeit haben wir etwas mehr als 500 Millionen € zusätzlich an Kassenkrediten pro Quartal – und die Exponentialkurve – es steigert sich ja laufend – nach vorne übertragen, dann werden wir Ende des nächsten Jahres, also nach Ende Ihrer Regierungszeit, bei einer Verdoppelung der Kassenkredite während extrem guter Steuereinnahmen von Bund und Land sein, nämlich bei rund 20 Milliarden €. Allein dies müsste Ihnen Anlass geben, hier wirklich in Sack und Asche aufzutreten

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

und endlich das zu tun, was die kommunalen Spitzenverbände mit Ihren Parteifreundinnen und -freunden Ihnen ins Stammbuch schreiben. Sie sagen: 90 % der Kommunen sind bei den momentanen Finanzzuweisungen nicht mehr in der Lage, Einnahmen und Ausgaben in Ausgleich zu bringen, sondern sind strukturell unterfinanziert. Sie schreiben Ihnen ein Weiteres ins Stammbuch: Innerhalb der nächsten Jahre werden in Nordrhein-Westfalen – unterste Rechnung – 20 Kommunen bilanziell überschuldet sein, das heißt, auf gut Deutsch, absolut pleite.

Daran hat die Landesregierung einen wesentlichen Anteil. Bei diesem sogenannten Kommunalminister von der FDP wundert mich das nicht. Bei der ehemaligen Kommunalpartei CDU ist das aber besonders bedauerlich und zeigt deutlich, dass es dringend einer Veränderung bei der nächsten Landtagswahl bedarf. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Becker. – Nun spricht der Abgeordnete Sagel.

**Rüdiger Sagel**<sup>1)</sup> (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Finanzagenda 2010 vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich in Nordrhein-Westfalen und auch die soziale Benach-

teilung. Mittlerweile haben wir dramatische Zustände in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wenn man sich die Situation genauer ansieht, kann man nur feststellen: Sie ist mehr als miserabel. Weil immer gesagt wird, was die Opposition sage, sei alles Unsinn – das ist der ständige Spruch der Landesregierung –, zitiere ich einmal einige Medien und andere Quellen. So hieß es beispielsweise in der WAZ:

Für die Städte in Nordrhein-Westfalen wird es mit Schwarz-Gelb dramatisch. Zu den Verlierern werden vor allem finanzschwache Kommunen und das Ruhrgebiet gehören.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schreibt in einer Pressemitteilung vom 27. Oktober:

Wie im Wahlprogramm insbesondere von der FDP angekündigt, setzt die Koalition auf steuerliche Entlastungen und hofft, dadurch den Weg zu mehr Wirtschaftswachstum zu finden. Wenn alle angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden, würde dies zu einem Entlastungsvolumen von jährlich 24 Milliarden € führen. Dies würde allein bei den Kommunen mit einem Einnahmeverlust von jährlich 3,6 Milliarden € zu Buche schlagen.

Das ist die Situation.

Ich zitiere auch noch aus der Anhörung, die wir zum Landeshaushalt durchgeführt hatten. Herr Andreas Wohland vom Städte- und Gemeindebund sagte zur Haushaltssituation:

Diese Zahlen belegen eine dramatische Verschlechterung im Jahresverlauf. Seit der letzten Haushaltsumfrage, die wir im Februar/März dieses Jahres gemacht haben, sind bis heute dramatische Einbrüche zu verzeichnen. Nur noch 35 unserer 360 Mitgliedskommunen melden einen strukturell ausgeglichen Haushalt für 2009. Das sind also weniger als 10 %. Insofern ist das Bild deckungsgleich mit dem Ergebnis der Haushaltsumfrage des Städtetages.

Diese Situation finden wir vor. Zwar haben Sie die höchsten Steuereinnahmen in den letzten Jahren erzielt, aber die mieseste Lage in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu verantworten.

Wenn wir uns die Situation im Einzelnen anschauen, dann muss ich feststellen, dass in NRW allein im Jahr 2010 durch die CDU/FDP-Bundespolitik zusätzlich weit über 1 Milliarde € fehlen werden und nicht nur 885 Millionen €, wie Ministerpräsident Rüttgers und sein Finanzminister Linssen behaupten. Wir brauchen endlich einen vollständigen Kurswechsel, wir brauchen vor allem eine andere Bundessteuerpolitik sowie natürlich eine andere Politik für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Städte und Gemeinden in NRW beklagen jetzt schon allein bei den Kassenkrediten eine Verschul-

dung in Höhe von weit über 16 Milliarden €, die rasch weiter steigt.

Der in Berlin verabschiedete Koalitionsvertrag setzt die Umverteilung von unten nach oben fort; denn vor allem besser Verdienende erhalten Steuergeschenke und werden entlastet. Die Städte und Gemeinden in NRW werden soziale und kulturelle Leistungen kürzen müssen. Das ist das Fazit Ihrer Politik. Auf der anderen Seite werden Arbeitgeber bei der Gesundheitsreform aus der Verantwortung entlassen. Wenn man sich das real anschaut, so heißt das: Wir haben eine eiskalte und zynische Politik von CDU und FDP, die momentan noch verschleiert wird und erst nach der Landtagswahl am 9. Mai nächsten Jahres voll zum Tragen kommen wird. Hier wird jetzt schon ein Wahlbetrug und die systematische Wählerinnen- und Wählertäuschung vorbereitet.

Wir können nur feststellen, dass diese dramatische Schuldenpolitik immer mehr die sozialen Grundlagen entzieht. Die Schuldenlast des Landes steigt dramatisch weiter. Mit dem, was Sie hier beschließen haben und beschließen werden, wird sie auf 130 Milliarden € steigen bei einem Schuldendienst von jährlich 5 Milliarden €. Zudem will die tolle FDP auch noch die Gewerbesteuer ganz beseitigen. Das ist das, was Sie an neuer Haushaltspolitik anbieten.

Ich kann nur sagen: Ihre Finanzagenda ist brutal gegen NRW, gegen seine Bürgerinnen und Bürger. Es wird in der Konsequenz so sein, dass vor allem diejenigen, die zu den Geringverdienern gehören, sich wie ALG-II-Empfänger und andere am unteren Einkommensrand bewegen und mit Ersatzleistungen über Wasser gehalten werden, die brutale Politik, die Sie gegen die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen machen, zu bezahlen haben werden. Das ist die Politik, die Sie machen.

Ich kann nur sagen: Mit uns nicht. Die Linke hat ganz andere Vorstellungen und Vorschläge. Wir haben ein Wahlprogramm verabschiedet, in dem wir sehr deutlich machen, dass wir eine andere Politik für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen machen wollen. Wir müssen die Schuldenlasten der Kommunen endlich wegbekommen; denn dauerhaft ist es keine Perspektive für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, wenn Kommunen demnächst völlig pleite sein werden. Wir brauchen endlich eine andere Politik. Dafür haben wir als Linke konkrete Vorschläge gemacht. Sie setzten Ihre Politik aber fort und machen eine Politik der sozialen Verwerfung, eine kalte und zynische Politik gegen die Schlechtestgestellten in unserem Land.

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Sagel. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Innenminister Dr. Wolf.

**Dr. Ingo Wolf**, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war insgesamt wenig von der Opposition zum GFG 2010, zu dem Sie normalerweise hätten sprechen sollen. Aber das war auch nicht anders zu erwarten.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Die Redeversatzstücke der Opposition sind in jedem Jahr dieselben. Dabei werden schon im Ansatz immer die gleichen Fehler gemacht. Herr Kollege Lux hat zu Recht dargestellt, dass die Frage des Ausgleichs der Finanzen zwischen Land und Kommunen nun einmal verfassungsrechtlich geregelt ist. Eine völlig einseitige Betrachtungsweise der Haushaltslage geht natürlich völlig fehl.

Wenn hier zu Recht gesagt wird, dass Kommunen Schwierigkeiten haben, Einnahmen und Ausgaben zur Deckung zu bringen, dann frage ich Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, was denn hier im Land gilt. Glauben Sie, wir hätten Spaß daran, dass wir wegen der Krise eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 6,6 Milliarden € vornehmen müssen, zumal wir vorher auf gutem Wege waren und erstmalig seit 35 Jahren einen Haushaltsüberschuss im Jahr 2008 erwirtschaftet hätten? – Darauf muss man doch einmal hinweisen.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Haushaltsüberschuss? – Weitere Zurufe von der SPD)

Das Land befindet sich, wie der Bund und die Kommunen, in der tiefsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 60 Jahren. Dass dies auch alle trifft, ist doch völlig selbstverständlich.

Deswegen, meine Damen und Herren, nützt es nichts, eine völlig einseitige Betrachtung vorzunehmen, wie das zum Beispiel der Kollege Jäger tut, und das Thema Konsolidierung ganz außen vor zu lassen. Ich darf darauf hinweisen, dass eine Anpassung der Ausgaben, wie Herr Lux und Herr Engel sie eingefordert haben, natürlich in der eigenen Verantwortung liegt. Wenn wir uns in den letzten Jahren schon der Mühe unterzogen haben, Verwaltungsstrukturereformen durchzuführen, die eigenen Strukturen zu verbessern,

(Horst Becker [GRÜNE]: Wo denn? – Lachen von den GRÜNEN)

dann gilt das erst recht für eine demografiebedingte Anpassung der Infrastruktur in den Kommunen. Sie wissen doch, weil Sie teilweise in Kommunen Verantwortung tragen, dass Entscheidungen dort bewusst nicht getroffen werden, dass man aus Sorge für den Bürger die Infrastruktur aufrechterhält, obwohl, wie festgestellt worden ist, an vielen Stellen, die Bevölkerungszahlen zurückgehen. Dann müssen sie dem auch nachgehen.

Meine Damen und Herren, das Thema Vergeblichkeitsfalle darf ja in keiner Debatte fehlen. Sie ver-

stecken sich mit der Vergeblichkeitsfalle letztendlich hinter diejenigen, die in den Haushalten nichts verändern wollen. Das ist schon richtig dargestellt worden.

Warum schaffen es denn Kommunen in auch strukturschwächeren Gebieten durch einen konsequenten Kurs der Konsolidierung voranzukommen, indem sie gesetzliche Auflagen in der Art ihrer Ausführung auf den Prüfstand stellen, Shared Services machen, die also gemeinsame Dienstleistungen von Städten erbringen? Es gibt so viele Möglichkeiten, die genutzt werden können. Deswegen sollten Sie diese nicht von vornherein ausschließen, sondern befördern.

Im Übrigen wird, was die Frage der Finanzen betrifft, Herr Becker niemals ein Einstein. Seine Relativitätstheorien, die er vorträgt, sind natürlich vorn und hinten unpassend. Herr Lux hat Ihnen doch gerade gesagt, dass wir mehr Geld für alles geben, als es früher geschehen ist. Das muss man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wie man die Tatsache, dass das KiBiz, das das alte Kindergartenfinanzierungsgesetz abgelöst hat, deutlich auskömmlicher ist und sehr viel mehr Geld für die Kommunen bringt, außen vor halten kann, entzieht sich meines Erachtens jeder vernünftigen Betrachtung.

Meine Damen und Herren, wir haben mit 7,6 Milliarden € den zweithöchsten Betrag; das ist richtig. Das alles ist ein systemimmanenter Vorgang. Wir haben durch das System der Referenzperioden keine Kreditierungen mehr, aber klare Abrechnungsrhythmen und eine Planungssicherheit für die Kommunen, die sie früher unter Rot-Grün nie gehabt haben.

Zur Sache selbst: Das Aachen-Gesetz wird berücksichtigt. Wir haben auch die Kompensationsleistungen für die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs berücksichtigt, sodass an dieser Stelle durch entsprechende Umsatzsteuerfestbetragsanteile der Kommunen der Familienleistungsausgleich von nunmehr insgesamt 660 Millionen € weitergeleitet wird.

Wir haben entsprechend die zweite und dritte Modellrechnung vorgelegt. Eine „Kleinigkeit“ ist im großen Topf des GFG durch eine Aufstockung der Abwassergebührenhilfe um 2 Millionen € verändert worden.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Dieses GFG ist ein kommunalfreundliches GFG,

(Widerspruch von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

weil es die kommunale Selbstverwaltung achtet. Mit 86 % frei verfügbarer Zuweisungsmittel ist es absolut top. Wir haben die Pauschalen für Schule, Bil-

derung und Sport unverändert gelassen. Auch hieran zeigt sich die hohe Priorität.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei Punkte erwähnen. Das Konjunkturpaket II ist bundesweit vorbildlich, da es den Kommunen zusätzliche Möglichkeiten eröffnet.

Weiterhin bin ich froh, dass wir gemeinsam mit dem Finanzminister das Einheitslastenabrechnungsgesetz so fassen konnten, dass inklusive des 650-Millionen-€-Abschlags über 900 Millionen € an die Kommunen insgesamt geflossen sind bzw. noch fließen werden. Das ist auch an dieser Stelle ein fairer Ausgleich.

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herr Innenminister, es gibt eine Zwischenfrage.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Alles das, meine Damen und Herren, wird nichts nutzen, wenn wir nicht auf Bundesebene erfolgreich sind, was die Lasten der Kommunen bei den Sozialausgaben betrifft. Hierbei gibt es Initiativen. Wir werden mit der Bundesregierung natürlich bessere Lösungen herbeiführen müssen. Darüber sind wir uns einig. Aber niemand sollte den Eindruck erwecken, der Landeshaushalt sei eine Gelddruckmaschine.

Wir müssen versuchen, gemeinsam die Lasten zu tragen, die durch diese schwere Krise auch noch über uns gekommen sind.

(Horst Becker [GRÜNE]: Ihr seid die Krise! – Zuruf von den GRÜNEN: Die Krise hat den Namen „Wolf“!)

Wir haben gezeigt, dass wir ein verlässlicher Partner der Kommunen auch in schweren Zeiten sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Innenminister. – Nun spricht noch einmal der Abgeordnete Jäger von der SPD-Fraktion.

**Ralf Jäger** (SPD): Realität ist: Die Kassenkredite in den nordrhein-westfälischen Kommunen betragen im Jahre 2005 10 Milliarden €, am Ende dieses Jahres sind es 17 Milliarden €. Was heute vonseiten der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen geboten worden ist, ist in der Argumentation kabarettreif und nichts anderes als ein Leugnen der Pleite der Kommune mangels Willens und Kraft, heute Lösungskonzepte zu diskutieren.

(Beifall von der SPD)

Wegen der geringen Zeit, Herr Wolf, sage ich: Dieses Land hatte Innenminister wie Burkhard Hirsch,

Herbert Schnoor, Franz-Josef Kniola und Fritz Behrens.

(Zustimmung von der CDU)

Herr Wolf, es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass das heute Ihre letzte GFG-Einbringung war.

(Beifall von der SPD – Lachen von CDU und FDP)

Was dann aus fünf Jahren Innenminister Wolf bleibt, ist der seltsame Spitzname Florida-Wolf,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Mann ist doch Kult!)

das Wenden auf Autobahnen und ein Pannenabo beim Verfassungsgerichtshof.

(Zurufe von der CDU)

Herr Wolf, in fünf Jahren haben Sie dazu beigetragen, dass aus der kommunalen Landschaft in Nordrhein-Westfalen ein Trümmerfeld geworden ist.

(Lachen von der CDU)

Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Meine Damen und Herren, bevor wir zum Schluss der Beratung kommen, erteile ich noch einmal Herrn Innenminister Wolf das Wort. Bitte schön.

(Fortgesetzt Zurufe)

– Ich bitte um Ruhe.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Wenn man nicht mehr weiter weiß, verfällt man in Unverfrorenheit. Das ist bei Ihnen bekannt, Herr Jäger.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Ich kann nur sagen: Wer dieses Land 39 Jahre lang regiert und uns mit dieser Erblast überhäuft hat, hat jede Legitimation verloren.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Sie haben diesem Landeshaushalt die Zinslast von 5 Milliarden € aufgebürdet. Die tragen wir seit der Regierungsübernahme. Wir haben versucht, Konsolidierung zu betreiben.

(Lautes Lachen von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Was? – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: In welchem Kino sind Sie denn? – Ralf Jäger [SPD]: 8 Milliarden € mehr Schulden! – Weitere Zurufe)

Die Nettoneuverschuldung konnte im Jahre 2008 so weit zurückgeführt werden, dass wir bis zum Eintritt

der Weltwirtschaftskrise einen Überschuss im Haushalt erwirtschaftet haben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was haben Sie damit gemacht?)

Davon haben Sie 35 Jahre lang nur träumen können.

(Beifall von CDU und FDP – Markus Töns [SPD]: Der Milliardenversenker sitzt auf der Regierungsbank! – Weitere Zurufe)

Dass Sie, Herr Jäger, der Sie aus einer Stadt kommen, in der Sie viele Jahrzehnte lang Verantwortung tragen und seit 1992 nicht einen einzigen Haushalt hinbekommen haben, sich hinstellen und andere Leute der Unseriösheit

(Gisela Walsken [SPD]: Das heißt Unseriosität!)

bezichtigen, ist in der Tat so, als würde der Brandstifter die Feuerwehr rufen. Sie sind mit Sicherheit nicht derjenige, dem die Kommunen vertrauen können.

(Widerspruch von Ralf Jäger [SPD])

Die Kommunen wissen, dass wir über viele Jahre hinweg konsolidiert haben –

(Widerspruch von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

gerade auch im eigenen Bereich. Wir haben uns Reformen im eigenen Bereich zugetraut, die Sie natürlich befördert haben mit der Unterstützung von Demonstrationen von Interessengruppen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Im nächsten Jahr um diese Zeit wird es besser! Dann sind Sie weg! – Gisela Walsken [SPD]: Das letzte Mal mit Minister Wolf!)

Sie haben sich alle dahintergestellt. Wir haben dem getrotzt. Wir haben die strukturellen Verbesserungen im Haushalt erreicht. Wir werden auch mit dieser Krise fertig werden.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wir werden daran arbeiten, dass Nordrhein-Westfalen gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Das werden wir schaffen. Dabei werden Sie – da bin ich mir ganz sicher – keine Rolle spielen. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** zum Gemeindefinanzierungsgesetz **Drucksache 14/10217**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und

FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese Beschlussempfehlung und damit das **Gemeindefinanzierungsgesetz angenommen**. Über die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung werden wir morgen zusammen mit dem Haushaltsgesetz entscheiden.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 03 Innenministerium**

Ich weise darauf hin, dass hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10203 vorliegt. Außerdem gibt es Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es handelt sich um die Nummern 1 bis 9 der Tischvorlage.

Ich eröffne die Beratung für den

### **Teilbereich Innen und Verwaltungsstrukturreform**

und erteile Herrn Dr. Rudolph von der SPD-Fraktion das Wort.

**Dr. Karsten Rudolph (SPD):** Liebe Genossinnen ...

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen sind auch hier, und es werden bei der nächsten Landtagswahl mehr werden.

(Heiterkeit und Zurufe)

– Sie können ruhig feixen. Das Wort vom Kollegen Jäger war schon richtig. Es verbreitet sich der Eindruck, dass der Innenminister seinen letzten Haushalt vorstellt. Ich kann nur sagen: Hoffentlich ist das so. Es ist gut für die Polizei, wenn wir demnächst einen anderen, einen richtigen Innenminister in Nordrhein-Westfalen haben, der vor allen Dingen so auf die Polizei achtet, wie sie es verdient hat.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie können Ihre Parteiveranstaltungen nicht von parlamentarischen Debatten unterscheiden, Herr Kollege!)

– Ja, ja. In dem Punkt sind Sie mein bester Ratgeber.

Herr Papke, ich möchte Ihren Blick auf die parlamentarische Situation lenken. Wir behandeln hier den Haushalt für das Innere. Ich möchte Sie insbesondere für die Stellensituation unserer Polizei interessieren, weil diese in der Tat eine genauere Betrachtung verdient. Diese Betrachtung ist auch für die Mitglieder der Regierungskoalition lohnend,